Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194. | Dresden, Freitag den 22. August 1913. | 24. Jahrg.

Dem Reichstag wird bei Beginn der Wintertagung eine Vorlage zur Regelung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen zugehen.

Die Berufungsverhandlung der Erfurter Verurteilten ist auf den September angesetzt.

Auf dem Halberstädter Flugplatze stürzte der Fliegerleutnant Schmidt ab und war sofort tot.

In einem Scharmützel mit den Türken verloren die Bulgaren 100 Mann.

Die Kämpfe zwischen spanischen Truppen und aufständischen Marokkanern dauern fort. Um Tetuan toben heftige Gefechte.

Huerta hat die vom Präsidenten Wilson angebotene Vermittlung zwischen den mexikanischen Parteien abgelehnt.

Eine dritte Ansicht über die Stellung unserer Partei zu den Deckungsvorlagen

Reichstagsabgeordneter Gustav Hoch sendet uns folgenden Beitrag zur Steuerabstimmung der Fraktion. Wir unterbreiten den Artikel Hochs gern den Parteigenossen, damit jede beachtenswerte Anschauung zu Wort gelangt; wir werden unsere abweichende Ansicht im Anschluß an den Artikel hinzufügen.

In den bisherigen Auseinandersetzungen über die Stellung unserer Reichstagsfraktion zu dem einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und zur Besitzsteuer war nur von den beiden Ansichten die Rede:

1. Unsere Partei darf niemals solche Steuern bewilligen, deren Ertrag zur Deckung von Wehrausgaben bestimmt ist.

Und als das Gegenteil davon:

2. Unsere Partei muß dann für eine Besitzsteuer stimmen, wenn sie dadurch indirekte Steuern verhindert.

Ich stelle aber fest, daß von Anfang an in unserer Reichstagsfraktion noch eine dritte Ansicht geltend gemacht wurde.

Die Genossen, die diese Ansicht vertreten, erkennen zwar an, daß unsere Partei unter gewissen Umständen entgegen der ersten Ansicht für Besitzsteuern stimmen muß, um indirekte Steuern zu verhindern. Aber sie können noch viel weniger die zweite Ansicht als einen ohne weiteres maßgebenden Grundsatz hinnehmen.

Daß die zweite Ansicht als ein ohne weiteres maßgebender Grundsatz in der Tat unhaltbar ist, zeigt folgender Fall, vor den unsere Reichstagsfraktion schon bei der nächsten Marinevorlage gestellt sein kann, wenn der Parteitag in Jena nicht mit der nötigen Klarheit die zweite Ansicht ablehnt: die Regierungen wollen uns zwingen, auch für die Wehrvorlage zu stimmen. Sie verbinden daher durch ein Mantelgesetz die Wehrvorlage mit den Deckungsvorlagen und erklären uns:

Für die Wehrvorlage stimmen alle bürgerlichen Parteien. Die Annahme der Wehrvorlage ist daher — entweder mit Besitzsteuern oder mit indirekten Steuern — sicher. Es fragt sich nur noch, ob wir die Ausgaben durch Besitzsteuern oder durch indirekte Steuern decken. Wir, das heißt die Regierungen und die Nationalliberalen mit der fortschrittlichen Volkspartei, schlagen eine Besitzsteuer vor — zum Beispiel die Aenderung des einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrags in eine dauernde Steuer. Die Konservativen und das Zentrum wollen diese Steuer unter allen Umständen verhindern und werden deshalb gegen das Mantelgesetz stimmen, das auch die Wehrvorlage umfaßt. Wenn mit den Konservativen und dem Zentrum auch die Sozialdemokraten gegen das Mantelgesetz stimmen, weil darin außer der Besitzsteuer die Wehrvorlage enthalten ist, dann wird das Mantelgesetz abgelehnt, und es sind beide Vorlagen zu Fall gebracht: die Wehrvorlage und die Besitzsteuer. Da wir, das heißt die Regierungen und die Nationalliberalen mit der fortschrittlichen Volkspartei, aber die Wehrvorlage für dringend notwendig halten, sind wir dadurch, daß die Sozialdemokraten die erste Vorlage zu Fall gebracht haben, gezwungen, eine neue Vorlage einzubringen, die dieselbe Wehrvorlage mit einer anderen Deckungsvorlage — mit indirekten Steuern — bringt. Die Vorlage wird im Reichstage von allen bürgerlichen Parteien angenommen. Demnach entscheiden die Sozialdemokraten tatsächlich mit ihren Stimmen nicht das Schicksal der Wehrvorlage, sondern einzig und allein, ob die Besitzsteuern oder indirekte Steuern angenommen werden. Die Sozialdemokraten müssen daher die Besitzsteuern in der entscheidenden Abstimmung annehmen, um die indirekten Steuern zu verhindern. Die entscheidende Abstimmung ist aber die über das Mantelgesetz. Die Sozialdemokraten müssen also für das Mantelgesetz stimmen, das heißt für die Besitzsteuern und die Wehrvorlage zusammen.

Was können hierauf die Genossen antworten, die jetzt die Ansicht vertreten, wir müssen unbedingt für Besitzsteuern stimmen, wenn wir dadurch indirekte Steuern verhindern können? Sie müssen zugeben, daß die Regierungen recht haben, daß sie nach ihrem Grundsatz für das Mantelgesetz, also auch für die Wehrvorlage, stimmen müssen.

Und doch wird sich kein einziger Genosse darauf einlassen. Ich glaube, daß keine Meinungsverschiedenheit unter uns darüber bestehen kann: in dem Sinne, wie wir ihn in dem angeführten Beispiel ausgelegt haben, verstößt der Grundsatz gegen unsere unbedingte Feindschaft zu dem Militarismus. Und ebenso wie die Förderer des Militarismus die größte Bedeutung der Wehrvorlage beilegen und, um eine solche durchzubringen, die indirekten Steuern preisgeben, muß für die Sozialdemokratie, die es ernst meint mit ihrem Kampfe gegen den Militarismus, die Wehrvorlage entscheidend sein. Daher müssen wir auch gegen jede, selbst die beste Besitzsteuer stimmen, wenn wir dadurch auch die Wehrvorlage zu Fall bringen können.

Sind durch ein Mantelgesetz Wehrvorlage und Deckungsvorlagen zu einer Vorlage verbunden, dann liegt es auf der Hand, daß die Ablehnung des Mantelgesetzes, also auch der Besitzsteuern, die Ablehnung des anderen Teils des Mantelgesetzes, der Wehrvorlage, zur Folge hat. Daher kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unsere Partei niemals für ein Mantelgesetz stimmen kann, das neben Besitzsteuern eine Wehrvorlage enthält.

Die Verbindung der Wehrvorlage und Deckungsvorlagen zu einer Vorlage ist aber auch ohne Mantelgesetz durch eine Verständigung der bürgerlichen Parteien möglich. Die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei können mit dem Zentrum vereinbaren, daß sie nicht eher über die Wehrvorlage die Gesamtabstimmung der dritten Lesung zulassen, als bis sie festgelegt haben, wie sie die Kosten decken. Dann sind ebenfalls die Deckungsvorlagen mit der Wehrvorlage zu einem Ganzen verbunden: die Annahme der Wehrvorlage hängt von der Annahme der Deckungsvorlagen ab. Wir müssen daher unter allen Umständen auch gegen die Deckungsvorlagen stimmen, um nicht mitschuldig zu sein dafür, daß die Voraussetzung für die Annahme der Wehrvorlage geschaffen wird, daß wir es dem Zentrum erleichtern oder gar erst ermöglichen, für die Militärvorlage zu stimmen. Wir müssen also gegen jede Deckungsvorlage stimmen, die tatsächlich — ganz abgesehen von dem rein äußerlichen Zusammenhang — eine unmittelbare Voraussetzung für die Annahme einer Militärvorlage ist.

Von diesem Grundsatze aus halte ich die Zustimmung unserer Fraktion zu dem Wehrbeitrag und der Besitzsteuer für falsch, da in der Tat das oben angenommene Beispiel einer Verständigung der bürgerlichen Parteien die Vorgänge im Reichstage in diesem Fall genau wiedergibt. Es kommt jedoch jetzt nicht mehr darauf an, uns Vorwürfe über das zu machen, was — von allen Genossen in bester Absicht — geschehen ist. Vielmehr kann das allein die Aufgabe des diesjährigen Parteitages in Jena sein: die Grundsätze für unser Verhalten gegenüber den Deckungsfragen festzulegen, um die Unklarheiten zu beseitigen, die noch die diesmalige Aussprache in der Fraktion und jetzt in den weiteren Kreisen der Partei beherrschen.

* * *

Die Absicht des Genossen Hoch geht dahin, daß der Parteitag sichere, auf alle zukünftigen Fälle passende Richtlinien für die Abstimmungen der Reichstagsfraktion in Steuerfragen ziehen solle. Gerade die Ausführungen Hochs zeigen aber deutlich, daß es sehr schwierig, ja unmöglich ist, solche Richtlinien zu ziehen, die, über die Grundsätze des Programms hinaus, die Auslegung des Programms betreffen und das taktische Verhalten im Parlament ein- für allemal festzulegen bestimmt sind.

Was besagt denn die „dritte Ansicht" des Genossen Hoch? Sie besagt: Weder sei es richtig, zu fordern, daß keinesfalls Besitzsteuern, durch welche Militärzwecke gedeckt werden, von der Sozialdemokratie bewilligt werden dürfen. Noch sei es richtig, daß jedenfalls Besitzsteuern bewilligt werden müssen, falls dadurch indirekte Steuern ferngehalten werden. Insoweit stimmen wir mit Hoch ganz überein, und auch darin wird er in der Partei keinen Widerspruch finden, daß die Fraktion direkte Steuern ablehnen soll, sofern durch ihre Zustimmung erst die Vorbedingung für das Zustandekommen einer Militärvorlage geschaffen wird. Diese Betrachtungen zeigen aber, daß vielerlei Situationen möglich sind, daß jede neue Situation von der früheren verschieden sein kann und daß es ganz aussichtslos wäre, wollte man eine Bindung der Fraktion für alle Fälle versuchen. Der Parteitag kann nichts anderes tun, als sich über die Handlungen und Abstimmungen der Fraktion auszusprechen und, wenn es gewünscht wird, ihr Verhalten zu billigen oder zu mißbilligen. Daraus muß die Fraktion für die Zukunft die nötige Lehre ziehen.

Was nun die hinter uns liegende Abstimmung der Fraktion zu den Besitzsteuern betrifft, so ist Genosse Hoch der Meinung, die Fraktion hätte in diesem Falle dagegen stimmen müssen, denn durch ihre Zustimmung habe sie erst die Voraussetzung für die Durchführung der Militärvorlage mitschaffen helfen. Mit dieser Ansicht setzt sich Genosse Hoch in Gegensatz zu der großen Mehrheit seiner Minderheitskollegen, die mit der Fraktionsmehrheit zugeben, die Militärvorlage sei durch die bürgerlichen Parteien gesichert gewesen, aber die Fraktion hätte aus prinzipiellen Gründen ablehnen müssen. Und tatsächlich steht die Annahme Hochs, durch unsere Zustimmung zu den Steuervorlagen sei erst die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage selbst geschaffen worden, so sehr in Widerspruch mit den wirklichen Tatsachen, daß es uns verwundert, wie ein Kenner der politischen Verhältnisse eine solche Behauptung aufstellen kann. Genosse Hoch erbringt keinerlei Beweis für seine Behauptung. Statt eines Beweises macht er die große Konstruktion des „Mantelgesetzes", das Militär- und Steuervorlagen unter ein Dach bringt und durch das die Regierung die Sozialdemokratie zwingen will, auch für Militärforderungen zu stimmen. Genosse Hoch erdenkt sich eine deutsche Regierung, die ganz erpicht ist auf direkte Steuern er; erdenkt sich bürgerlich-patriotische Parteien, die wegen Steuern, die ihnen nicht passen, Militärforderungen ablehnen würden, so daß die Regierung dazu kommen müßte, die militärgegnerische Sozialdemokratie „zur Annahme der Militärvorlage zu zwingen". Eine künstlichere und allen tatsächlichen Verhältnissen der deutschen Politik mehr widersprechende Konstruktion läßt sich kaum denken. Und dann sagt Genosse Hoch: Geradeso wie wenn ein solches Mantelgesetz vorgelegt gewesen wäre, war bereits die Situation im Juni dieses Jahres beschaffen. Diese Annahme beruht auf einer ganz irrigen Auffassung über die bekannte Erklärung der Zentrumsfraktion, daß sie ihre Zustimmung von der Lösung der Deckungsvorlage abhängig mache. Das Zentrum beabsichtigte mit dieser Erklärung alles andere als seine Zustimmung zur Militärvorlage von der Durchführung direkter Steuern abhängig zu machen. Das Zentrum wollte bei der Deckungsfrage nicht durch Liberale und Sozialdemokraten ausgeschaltet werden, es wollte auf keinen Fall die Blamage dulden, daß die von ihm so lange heftig bekämpfte Erbschaftssteuer zustande käme. Die Abstimmung der Sozialdemokratie zu der Besitzsteuer, sei es Zustimmung, sei es Ablehnung, konnte auf das Schicksal der Militärvorlage selbst keinen Einfluß ausüben. Die Verhältnisse lagen offensichtlich so, daß im Falle unserer Ablehnung der Steuervorlagen sich ohne weiteres eine Parteigruppierung aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen gebildet hätte, die im Bunde mit der Regierung schlechtere Steuern gemacht haben würde. Die sozialdemokratische Fraktion hätte es vor der Partei und der deutschen Arbeiterschaft verantworten müssen, daß sie die Schuld am Zustandekommen dieser schlechten Steuern trägt.

So ist auch die „dritte Ansicht", die Genosse Hoch vertritt, in keiner Weise geeignet, die Fraktionsabstimmung zu der Steuervorlage als fehlerhaft zu erweisen.

Die türkisch-russische Spannung.

Die Südslawische Korrespondenz bringt eine Alarmnachricht aus Sofia; sie meldet:

Nach Informationen hat eine leitende Persönlichkeit der russophilen Partei ein Telegramm aus Petersburg erhalten, in dem eine Aktion Rußlands als bevorstehend angekündigt wird, falls die Pforte ihre Truppen nicht zurückbeordert. Sasanow hatte, diesem Bericht zufolge, am 18. August eine einstündige Audienz beim Zaren, die sich mit den zu ergreifenden Maßnahmen Rußlands gegenüber der türkischen Aktion in Thrazien befaßte. Herr Sasanow erteilte nach dieser Audienz eingehende neue Instruktionen an den russischen Botschafter in Konstantinopel Baron v. Giers, der dem Großwesir darauf eine Erklärung übermittelte, die als einer der allerletzten Schritte anzusehen sei, die Rußland in dieser Frage noch unternehme.

Inzwischen dürfte aber die Gefahr des angedrohten russischen Einschreitens wieder einmal für eine Weile gebannt sein, nachdem die Türkei den Rückzug ihrer Truppen hinter die Maritzalinie versprochen hat. Zwischen den Mächten sollen Verhandlungen über einen neuen Kollektivschritt in Konstantinopel im Gange sein. Es soll der Pforte eine Note überreicht werden, in der unter Androhung der finanziellen Aushungerung gefordert wird, die Truppen auf die Linie Enos-Midia zurückzuziehen. Der Kölnischen Zeitung wird zur Situation aus Berlin telegraphiert:

Die am Mittwoch ausgesprochene Hoffnung auf Entgegenkommen der Türkei zur Einstellung ihrer Truppenbewegungen jenseits der Maritza scheint in Erfüllung zu gehen. Die Pforte hat den Rückmarsch der vorgeschobenen Abteilungen bereits angeordnet. Wenn infolge dieser veränderten Haltung der Pforte von Bulgarien die Unverletzlichkeit dieses Gebietes anerkannt wird, so sei das daher gekommen, daß die Großmächte mit ihren Schritten in Konstantinopel zur Verhütung weiterer Uebergriffe Erfolg hatten. Die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Bulgarien bringe rechtzeitig eine wünschenswerte Entspannung. Die Frage nach der Zukunft Adrianopels ist damit freilich noch nicht gelöst. Die Stadt mit bewaffneter Hand für die Bulgaren zurückzuerobern scheine keine Großmacht für angebracht zu halten. Es bleibt nur die Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen, möglicherweise in Verbindung mit Verhandlungen direkt zwischen Bulgarien und der Türkei, übrig.

*

Türkisches Scharmützel mit Bulgaren.

Konstantinopel, 21. August. Jenseits der Maritzalinie wurden, wie gemeldet wird, türkische Vorposten, die Orkakoj besetzten, um einem etwaigen bulgarischen Angriff zu begegnen, gestern von einem schwachen bulgarischen Bataillon angegriffen. Es wurde zurückgeworfen. Die Bulgaren hatten bei dem sich entspinnenden Kampfe 100 Mann verloren. Ferner wurden 180 Bulgaren gefangen genommen, worunter sich ein Oberst, zwei Hauptleute und mehrere andere Offiziere befanden.

*

Aufruhr in Bulgarien?

Budapest, 21. August. Hier zirkulieren Gerüchte, die in bestimmter Form auftreten, daß in verschiedenen Orten Bulgariens, besonders in Warna, heimkehrende Reservisten sich empörten, als sie von der unheilvollen Politik Dr. Danews und von der Niederlage Bulgariens erfuhren. Es soll zu blutigen Straßenkämpfen gekommen sein, in denen es viele Tote und Verwundete gab. Eine offizielle Bestätigung der Meldungen liegt noch nicht vor.

*

Griechen und Bulgaren.

Sofia, 21. August. Die griechischen Truppen, die sich aus dem bulgarischen Gebiet zurückzogen, zwangen die Bevölkerung, ihnen zu folgen, indem sie die Besitzungen der Bulgaren plünderten. Die Griechen nahmen aus diesem Gebiet 3500 Bulgaren als Geiseln mit sich fort.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130822/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG